Montags-Ausgabe.
№ 247

Berlin.

Montags-Ausgabe.
19. Mai 1913

Vossische Zeitung

Begründet 1704

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.

Im Verlage Vossischer Erben. Verantwortl. Redakteur (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin.

Haupt-Geschäftsstelle Breite Str. 8/9, Berlin C.

Telephon: (Zentrale im Hause) Amt Zentrum 8689, 8690, 8691, 8692, für Ferngespräche Amt Zentrum 10640, 10641.

Deutschland und England.

Viscount Morley, der Lordpräsident des Geheimen Rats, weilt seit einigen Tagen in Berlin, und wer die Vermutung hegt, daß sein Besuch einen politischen Zweck habe, wird von den Eingeweihten, die stilvoll die Augenbrauen hochziehen, belehrt, der britische Staatsmann sei nur Vergnügungsreisender, von dessen Anwesenheit man amtlich keine Kenntnis habe. Es mag wohl sein, daß man in der Wilhelmstraße mitunter nicht weiß, was in der nächsten Querstraße geschieht. Und es ist gewiß schmeichelhaft für Berlin, daß ein hervorragender, welterfahrener Mann vom Range des englischen Ministers, wenn er auf Vergnügen ausgeht, statt nach dem benachbarten Seine-Babel seine Schritte nach dem grünen Strand der Spree lenkt. Aber Seine Herrlichkeit ist nahezu 75 Jahre alt, und das größte Vergnügen ist ihm seit Menschengedenken die Arbeit im Dienst seines Vaterlandes gewesen. Er ist eigentlich einer von denen, die ihren Beruf verfehlt haben, oder, wenn man nicht an Bismarcks Ausspruch, sondern an ein anderes, jenseits des großen Wassers gesprochenes Wort denken soll, ein kommandierender General, wenn auch als solcher a. D. Denn er nannte sich mit Stolz einen Zeitungsschreiber, und hatte zum Stolz ein Recht; er war ein so guter Zeitungsschreiber, wie er ein guter Abgeordneter und Minister wurde. Er ist jetzt Viscount und Peer und Mitglied des Kabinetts und von vielen Graden. Aber in jener höchsten Aristokratie, in der es keinen Rechtstitel gibt als den des Geistes, ist und bleibt er John Morley, der glänzende Schriftsteller, Denker und Redner auch heute, wo er — Vergnügungsreisender ist.

Es kommen vielleicht aus dem Inselreich noch manche Vergnügungsreisende nach der deutschen Hauptstadt, die hier mit Viscount Morley und dem Vizeadmiral Sir R. Jellicoe ein unverhofftes Wiedersehen feiern können. Und wenige Tage noch, so begibt sich König Georg V. an Bord, um seine Reise nach Deutschland anzutreten, wo er mitsamt der Königin an den Hochzeitsfeierlichkeiten im Kaiserhause teilnehmen wird. Möglich, daß auch dann versichert wird, von politischen Verhandlungen könne bei diesem Besuche, der noch über die Festtage ausgedehnt wird, keine Rede sein, trotz den gegenwärtigen Erörterungen über die Bagdadbahn und allem, was sonst die Regierungen beider Reiche beschäftigt. Und wenn diese Versicherung gleich der von der Vergnügungsreise Viscount Morleys so begründet wäre, wie sie unglaubwürdig klingt, das deutsche Volk würde dennoch mit Befriedigung feststellen, daß sich die Beziehungen zwischen Deutschland und England seit dem Beginn der Balkanwirren erfreulich gebessert haben und jene freundschaftliche Entwickelung verheißen, die seit Jahren von Freunden des Weltfriedens erstrebt und versucht wurde, zeitweilig mit mehr Eifer als Erfolg. Gut Ding will Weile haben. Lange, nur zu lange wurde herüber und hinüber geschossen. Es scheint, daß diese Epoche abgeschlossen ist und die beiden großen stammverwandten Nationen sich wieder verstehen und verständigen lernen.

Daß Deutschland mit England in Frieden und Einvernehmen leben will, hat Kaiser Wilhelm II. wiederholt in lebhaften Worten ausgesprochen, hat der leitende Staatsmann betont, hat die öffentliche Meinung bestätigt. Alles, was darüber im Reichstag gesagt wurde, hat allseitigen Beifall gefunden. Wie sollte auch Deutschland ein anderes Ziel verfolgen? Hat doch Bismarck jederzeit auf die Freundschaft des britischen Reiches solchen Wert gelegt, daß er ihr manches Opfer brachte! Freilich, auch er konnte auf den verschlungenen Wegen der Staatskunst, wie er gestand, den Schein der Unfreundlichkeit nicht immer meiden, wenn ihm von der anderen Seite unfreundlich begegnet wurde. Aber daß eine augenblickliche Verstimmung sich zu einem dauernden Gegensatz ausbilden könne, hielt er für unmöglich, und vollends, daß ein Gegensatz sich bis zur Feindseligkeit steigere, daß man mit einem Kriege zwischen beiden Mächten rechnen müsse, bezeichnete er als Wahnsinn. Nichtsdestoweniger hat noch vor kurzem der deutsch-englische Krieg eine namhafte Rolle in den Spekulationen unverantwortlicher und vielleicht auch verantwortlicher Politiker gespielt, und als die britischen Minister diesen Wahn mit ziemlich rauher Hand zerstörten, zeigte sich an manchen Stellen gelinde Enttäuschung.

Man reißt heute keine alten Wunden mehr auf, wenn man daran erinnert, daß ein deutscher Kanzler einmal von einem englischen Staatsmann sagen konnte: „Er beißt auf Granit", und daß das Verhältnis zwischen beiden Mächten als nur noch korrekt gekennzeichnet wurde. Man kann heute eingedenk sein, wie die „Einkreisung" Deutschlands versucht, wie die aufregenden Flugschriften und Romane über die deutsche Invasion in die Massen geworfen wurden, welche Behandlung Deutschland bei dem Abschluß des Marokkovertrages erfuhr; man kann gelassen von Algesiras und Agadir sprechen und von den Tagen, wo König Eduard noch nicht im Berliner Rathaus zu erscheinen geneigt war, sondern den deutschen Kaiser mied oder, wenn er ihn nicht mehr meiden konnte, eine Kälte zeigte, die jeder Annäherung vorbeugen mußte. Man darf davon sprechen, weil damit nur die Genugtuung über den seitdem eingetretenen Wandel erhöht wird. Heute glaubt kein Mensch mehr daran, daß Deutschland einen Ueberfall auf die englischen Küsten vorbereite und kein Mensch, daß England zu Frankreichs Unterstützung 100 000 Mann in Schleswig-Holstein landen wolle. Die Beziehungen waren auf dem Punkte, daß sie sich nur noch ernstlich verschlechtern oder ernstlich bessern konnten. Heute wird man nicht zweifeln, daß sie sich gebessert haben.

Die Flottenstärke ist kein Blümlein Rührmichnichtan mehr; man hat die Formel 16 : 10 gefunden, und, ist über ihre Anwendung noch nichts bekannt geworden, so darf man doch hoffen, daß sich der Weg dazu finden werde, da auf beiden Seiten der gute Wille vorhanden ist. Die Eisenbahn zum Persischen Golf war der Gegenstand ernster Eifersucht; jetzt ist man des baldigen Ausgleichs gewiß. Wo gibt es denn so tiefgehende Interessengegensätze zwischen Deutschland und England, daß sie eine gewaltsame Austragung erforderten? Haben nicht vielmehr beide Völker so vielfach gemeinsame Interessen in allen Weltteilen, daß ihr friedliches Zusammengehen sich von selbst verstehen sollte? Diese Erkenntnis hat in jüngster Zeit erfreuliche Fortschritte gemacht, und dem entspricht die Annäherung, die auf der einzig zuverlässigen und annehmbaren Grundlage erfolgt, der Anerkennung vollkommener Gleichberechtigung. Und als Zeichen dieser Annäherung betrachtet das deutsche Volk die Besuche britischer Staatsmänner in Berlin, mag immer Viscount Morley nur Vergnügungsreisender sein oder — sein sollen, betrachtet es namentlich den bevorstehenden Besuch des englischen Königspaares, dem ein freudiger Willkomm überall auf deutschem Boden, insbesondere in der Hauptstadt bereitet werden wird.

Niemand denkt daran, England seinem Einvernehmen mit anderen Mächten abwendig machen zu wollen. Aber man hat nicht vergessen, daß einst Lord Salisbury den Abschluß des Bündnisses zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn als eine große Freudenbotschaft verkündete. Und es gibt keine bessere Gewähr für die Erhaltung des Weltfriedens als die aus guten Beziehungen zwischen London und Berlin notwendig erwachsende allgemeine Ueberzeugung, daß kein Plan, der auf die Störung dieses Friedens gerichtet wäre, die Billigung und Unterstützung der größten Seemacht finden würde.

Die Vorgänge am Persischen Golf.

Es wird schwer, an einen bloßen Zufall zu glauben bei dem zeitlichen Zusammentreffen der Vertiefung des englischen Einflusses in Koweit mit der in der nachfolgenden Depesche gemeldeten Versagung der türkischen Behörden in der innerarabischen Landschaft Nedschd, die nach Osten hin bis an den Persischen Meerbusen reicht und im Nordosten an den Bezirk von Koweit grenzt. Das Telegramm lautet:

Konstantinopel, 18. Mai. Nachrichten aus englischer Quelle besagen, daß der Araberscheich Ibn Saud den türkischen Mutessarif sowie die Beamten und die Garnison des Sandschaks Nedschd vertrieben hat, die in El Hofuf, dem Hauptorte des am Persischen Golf gelegenen Distriktes El Hassa, stationiert waren.

In der Araberlandschaft Nedschd befehdeten sich seit etwa sechzig Jahren die beiden Fürstenfamilien Ibn Raschid und Ibn Saud. Sie führten Kämpfe gegeneinander um das Emirat. Mohammed Ibn Raschid, der 1897 starb, hatte den Sieg davongetragen. Die Ibn Sauds waren vertrieben, und Mohammed Ibn Raschid hinterließ seinem Neffen Abdul Asis die Herrschaft über ganz Innerarabien. Abdurrahman Ibn Saud, das Oberhaupt der vertriebenen Familie, suchte und fand Zuflucht bei dem Scheich Mubarek Ibn Sabah, dem Herrscher von Koweit. Dieser suchte dem Flüchtling die Herrschaft in Nedschd zurückzugewinnen. Damit ergab sich von selbst eine Frontstellung gegen die Türkei, denn die Ibn Raschids waren in ihren Kämpfen gegen die Ibn Sauds von der Pforte unterstützt worden. Emir Mubarek war ohnehin ein Widersacher der Türkei, von der er sich mit englischer Unterstützung unabhängig erklärte. So standen auf der einen Seite der Emir Mubarek, der aus dem Nedschd verjagte Saud und die Engländer, auf der anderen Seite Abdul Asis, Ibn Raschid und die Türkei. Die Gefechte, die um die Wende des Jahrhunderts zwischen den Truppen von Koweit und denen von Nedschd begonnen hatten, führten, nachdem die Wage lange hin und her geschwankt hatte, im Jahre 1905 zur Wiedereinsetzung des Abdurrahman Ibn Saud in das Emirat von Nedschd.

Der Scheich von Koweit und der jetzige Emir von Nedschd stehen also, wie sich aus diesen Ereignissen klar ergibt, auf freundschaftlichem Fuße miteinander und sind beide der türkischen Herrschaft abgeneigt und den Engländern ergeben, wofür sie natürlich nicht bloß platonische Gründe haben. So mit ist es nur eine logische Entwicklung, wenn der Emir von Nedschd auch die letzten Reste der türkischen Oberhoheit in dem Augenblicke abschüttelt, wo die Engländer endgültig seinen Freund und Nachbar, den Scheich von Koweit, unter ihre Fittiche nehmen. So wird die ganze Westküste des Persischen Golfs unbestrittene englische Sphäre unter der Scheinherrschaft einheimischer Vasallenfürsten. An der Ostküste des Golfs hat sich England in seinen Abmachungen mit Rußland über die Teilung Persiens in Einflußsphären seinen Vorrang ebenfalls gesichert.

Ein politisches Dogma schwindet auf diese Weise dahin. Ein allgemein anerkannter Lehrsatz besagte, daß die Bagdadbahn zwei wichtige politisch-strategische Aufgaben für die Türkei erfüllen werde: nach Norden hin werde sie die militärische Stellung der Türkei in ihren europäischen Provinzen kräftigen, nach Süden hin werde sie ihre Staatshoheit festigen in Gebieten, die ihrem Arm bisher schwer erreichbar waren. Was den ersten Punkt anbetrifft, so hat die Bahn alles, was möglich war, geleistet, wenn sie auch den Zusammenbruch nicht zu verhüten vermochte. In dem zweiten Punkte jedoch tritt genau das Gegenteil von dem ein, was man erwartet hatte. England kommt der Türkei zuvor, eben weil die Bagdadbahn ein Werkzeug zur engeren Angliederung der inner- und ostarabischen Provinzen an das osmanische Reich hätte werden können. England sorgt im eigenen Interesse dafür, daß die Türkei nicht erst in die Lage kommt, sich dieses Werkzeugs zu dem gedachten Zwecke zu bedienen.

Die türkischen Truppen in Albanien.

Konstantinopel, 18. Mai. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Der Abtransport der türkischen Truppen aus Albanien kann nicht vor Unterzeichnung des Vorfriedens erfolgen, da Bulgarien dagegen protestiert. Eine entsprechende Mitteilung an die Pforte erfolgte durch Vermittlung der italienischen Botschaft.

Kandidatur eines deutschen Prinzen für den Thron Albaniens?

Prinz Wilhelm zu Wied als Kandidat.

Wien, 18. Mai. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Vor vier Tagen brachte eine hier wenig beachtete kleine ungarische Korrespondenz die Meldung, daß Prinz Wilhelm Friedrich zu Wied ein Kandidat für den Thron Albaniens sei. Vorläufig ist nur Tatsache, daß sich die Aussichten des Herzogs Wilhelm von Urach, Grafen von Württemberg, verschlechtert haben, weil er katholisch ist und die italienische, französische und russische Regierung einen Fürsten wünschen, der keiner der drei Konfessionen Albaniens angehört. Man hat es hier beachtet, daß der Staatssekretär v. Jagow während seines hiesigen Aufenthalts mit dem Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen zusammentraf, woraus sich die Vermutung ergab, daß es mit der Thronkandidatur des Prinzen Wied seine Richtigkeit habe. Denn als Neffe der Königin von Rumänien steht der Prinz in nahen verwandtschaftlichen Beziehungen zum fürstlich hohenzollernschen Hause. An Wiener amtlicher Stelle hüllt man sich zwar in Stillschweigen, doch verlautet, daß Oesterreich-Ungarn die Kandidatur des Prinzen, wenn sie in den Vordergrund tritt, gern genehmigen werde.

* * *

Prinz Wilhelm zu Wied steht zurzeit als Rittmeister und Eskadronschef beim 3. Garde-Ulanen-Regiment. Er ist am 26. März 1876 als zweiter Sohn des Fürsten Wilhelm zu Wied aus dessen Ehe mit der Prinzessin Marie der Niederlande geboren. Am 3. Juni 1897 wurde er zum Leutnant à la suite des Regiments der Gardes du Corps ernannt und trat bald darauf zur aktiven Dienstleistung in dieses Regiment ein. Er stand in ihm längere Zeit bei der Leib-Eskadron und wurde dann Regimentsadjutant. 1906 erhielt er ein Kommando zur Kriegsakademie, bei der er bis 1909 stand. Dann wurde er in den Großen Generalstab zur Dienstleistung kommandiert und rückte mit seiner 1911 erfolgten Beförderung zum Hauptmann in eine etatsmäßige Stelle im Großen Generalstab auf. Seit kurzem steht er als Rittmeister beim 3. Garde-Ulanen-Regiment. Prinz Wilhelm zu Wied gilt als ein sehr fähiger und energischer Offizier, dessen militärische Laufbahn vielsprechend begonnen hat. Er ist seit 30. November 1906 mit der Prinzessin Sophie von Schönberg-Waldenburg vermählt. Aus dieser Ehe ist eine Tochter hervorgegangen.

Die Auseinandersetzungen zwischen den Verbündeten.

Belgrad, 18. Mai. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Gestern hat wieder eine lange Ministersitzung wegen der serbisch-bulgarischen Frage stattgefunden. Anfangs beriet die Minister unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Paschitsch, dann begaben sie sich jedoch nach dem Palais, wo die Beratungen unter Vorsitz des Königs fortgesetzt wurden. Ein endgültiger Beschluß ist, wie verlautet, noch nicht gefaßt worden. Der serbische Gesandte am griechischen Hofe ist vorgestern hier eingetroffen. Auch er hat mit Paschitsch konferiert und ist vom König empfangen worden. Die in den letzten Tagen begonnenen Arbeiten der griechisch-serbischen Grenzkommission sollen günstig vonstatten gehen.

Sofia, 18. Mai. Die „Ag. Bulgare" erklärt in formeller Weise die Meldungen, daß die bulgarische Regierung mit der serbischen über eine Abänderung der Klauseln des Bündnisvertrages verhandele und bereit wäre, Serbien alle Gebiete in der strittigen Zone zu überlassen, für falsch.

Die Nationalitätenzählung auf Rhodos.

Rom, 18. Mai. General Ameglio hat der „Tribuna" telegraphisch mitgeteilt, daß die Zahlen der Volkszählung für die Stadt Rhodos richtig seien, daß dagegen die Zahlen für die ganze Insel folgende seien: Orthodoxe 17 246 (d. h. Griechen. Red.), Muselmanen 6490, Israeliten 4290, Katholiken 318, insgesamt 28 344 Einwohner.

Die Maßnahmen der reichsländischen Regierung.

Straßburg, 18. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Zu den Anträgen der elsaß-lothringischen Regierung auf Einführung des Reichspreßgesetzes in Elsaß-Lothringen und auf Aenderung des Reichsvereinsgesetzes erfährt Ihr Korrespondent aus bester Quelle folgendes: Gegen die uneingeschränkte Einführung des Reichsvereinsgesetzes hat die elsaß-lothringische Regierung schon während es im Bundesrat und Reichstag beraten wurde, schwere Bedenken geäußert, weil sie aus ihrer Kenntnis der Verhältnisse heraus einen Mißbrauch der weitgehenden, durch das Gesetz gewährten Freiheiten durch deutsch-feindliche Elemente im Land vorausgesehen hat. Die reichsländische Regierung ist der Ansicht, daß ihre damalige Befürchtung durch die Entwicklung der Dinge bestätigt worden ist. Deshalb hat sie den Antrag gestellt, die damals von ihr gewünschten Einschränkungen, die übrigens weit geringer sind, als diejenigen des französischen Vereinsgesetzes, jetzt nachträglich in das Reichsvereinsgesetz aufzunehmen. Was das Preßgesetz angeht, so hat, wie ich bestimmt zu wissen glaube, der kaiserliche Statthalter schon bei Einführung der Verfassung eine Abänderung des Preßgesetzes in dem Sinne für nötig erklärt, und verlangt, daß ihm neben der Möglichkeit, ausländische Zeitungen zu verbieten, auch die Möglichkeit zum Verbot fremdsprachiger in Deutschland erscheinender Zeitungen gegeben würde. Diesem Wunsche ist damals nicht willfahrt worden, was die reichsländische Regierung immer als einen Fehler betrachtet, und was sich auch tatsächlich als ein schwerer Mißgriff erwiesen hat. Wenn jetzt das Gesetz über die Presse als Reichsgesetz eingeführt wird, bedeutet dies für die anständige Presse zweifellos eine Verbesserung ihrer